

Regionalkonferenz Oberland-Ost, Postfach 312, 3800 Interlaken

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Vernehmlassung Prüfbericht Gemeindelandschaft
Münstergasse 2
3011 Bern

e-mail: info.jgk@jgk.be.ch

Unsere Referenz Stefan Schweizer
Direkt 033 822 43 72
E-Mail stefan.schweizer@oberland-ost.ch
OS-Nr. 467...\STN_RKOO_GdeFus-Strategie_20180523.docx

Kopie

Interlaken, 23. Mai 2018

Vernehmlassung zum Bericht des Regierungsrats über die "Zukunft Gemeindelandschaft Kanton Bern"

Prüfbericht zum Postulat 177-2014 Müller (Bern, FDP) "Wie könnte der Kanton Bern heute aussehen?" Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Neuhaus,
sehr geehrte Damen und Herren,

Für die Gelegenheit, uns im Rahmen der Vernehmlassung zu titelerwähntem Prüfbericht des Regierungsrats äussern zu können, dankt Ihnen die Regionalkonferenz Oberland-Ost (RKO) bestens.

Die Geschäftsleitung der RKO¹ hat sich anlässlich einer ausserordentlichen Sitzung intensiv mit dem Prüfbericht und den darin vorgeschlagenen Varianten zu einem Fusionsrichtplan und dessen Umsetzung befasst. Sie teilt grundsätzlich die Schlussfolgerungen des Regierungsrats. Gemachte Erfahrungen in der Region Oberland-Ost zeigen, dass das Thema Gemeindefusion immer noch sehr stark emotional behaftet ist. Die Erkenntnisse, dass die kleinstrukturierten Gemeinden mit der Übertragung von verschiedenen Aufgaben an diverse gemeindeübergreifende Zweckverbände ihre kommunalen Kompetenzen selber beschränken, sind leider noch nicht sehr verbreitet. Die Lehren aus den bisher gemachten Erfahrungen insbesondere in Bereichen wie Raumplanung, Verkehr und Infrastrukturen sind noch ungenügend gezogen

Beatenberg
Bönigen
Brienz
Brienzwiler
Därliigen
Grindelwald
Gsteigwiler
Gündlischwand
Guttannen
Habkern
Hasliberg
Hofstetten
Innertkirchen
Interlaken
Iseltwald
Lauterbrunnen
Leissigen
Lütschental
Matten
Meiringen
Niederried
Oberried
Ringgenberg
Saxeten
Schattenhalb
Schwanden
Unterseen
Wilderswil

¹ Die Geschäftsleitung der Regionalkonferenz Oberland-Ost: Grossrat *Peter Flück*, Regionspräsident; *Hans Abplanalp*, Gemeindepräsident Guttannen; *Peter Aeschmann*, Gemeindepräsident Matten; *Christian Anderegg*, Gemeindepräsident Grindelwald; Grossrat *Urs Graf*, Gemeindepräsident Interlaken; *Markus Karlen*, Gemeindepräsident Habkern; *Marianna Lehmann*, Gemeindepräsidentin Wilderswil; *Martin Stäger*, Gemeindepräsident Lauterbrunnen; *Erich Sterchi*, Gemeindepräsident Hofstetten; *Sandra Weber*, Gemeindepräsidentin Hasliberg.

und umgesetzt worden. Zudem wird davon ausgegangen, dass es immer schwieriger wird, die anstehenden und neuen Herausforderungen in den bestehenden Strukturen mit den diversen Zweckverbänden und einzelnen (zu) kleinen Gemeinden zukunftsgerichtet lösen zu können.

Fusionsstrategie ist notwendig

Die Geschäftsleitung vertritt klar die Ansicht, dass der Status Quo nicht sinnvoll ist und eine Weiterentwicklung hin zu grösseren und selbstbestimmteren Gemeinden, welche auch tatsächlich wieder über eigene kommunale Kompetenzen verfügen, notwendig ist. Der Kanton Bern braucht deshalb eine klare Gemeindefusionsstrategie, welche in Form eines Fusionsrichtplans auch als strategisches Instrument verankert wird. Die Absicht, die Fusionsförderung aus einer übergeordneten Gesamtsicht zu steuern, wird unterstützt. Der Ansatz von räumlich definierten Einheiten für sinnvolle Gemeindefusionszusammenschlüsse in Form einer "Richtplankarte" wird als zielführend beurteilt. Aus regionaler Sicht ist die Karte für die Region Oberland-Ost allerdings noch anzupassen (s. Grafik unter 'Karte Gemeindefusionslandschaft'). Zudem ist wie bei Richtplänen üblich, der demokratische und politische Prozess bei der Umsetzung zu berücksichtigen.

Umsetzung der Fusionsstrategie (Variantenvorschläge)

Bezüglich der Umsetzung der Fusionsstrategie zeigt die Geschäftsleitung zwar gewisse Sympathien für die Variante 2 mit der Abkehr vom bisherigen Prinzip der Freiwilligkeit und hin zum Strukturwechsel mit der "Anordnung von oben". Die Geschäftsleitung ist aber ebenso überzeugt, dass dieses Vorgehen demokratisch nicht mehrheitsfähig ist. Aus diesem Grund werden der Umsetzung gemäss Variantenvorschlag 1 ("moderate Weiterentwicklung") bessere Chancen gegeben. Damit künftig vermehrt Fusionserfolge erzielt werden, sind einerseits aber *zusätzliche Anreize zu schaffen und gleichzeitig auch bisherige Gemeindefinanzierungen über FILAG zu hinterfragen und allenfalls zu streichen*. Nur bei einer konsequenteren Anwendung der bestehenden Instrumente (Bsp. kein horizontaler Finanzausgleich mehr) werden die Gemeinden selber Fusionen angehen. Als zusätzlichen Anreiz können wir uns die volle Kostenübernahme für Fusionsabklärungen vorstellen, da damit die Hürde für Gemeinden deutlich tiefer wäre und nicht bereits die kommunale Finanzierung von Abklärungen demokratisch verhindert wird.

Als weiteren Anreiz für Gemeindefusionen fordern wir zudem, dass fusionierte Gemeinden mehr Kompetenzen erhalten, da davon auszugehen ist, dass in den grösseren Gemeindeeinheiten auch entsprechend mehr Fachwissen und Kompetenzen vorhanden sind.

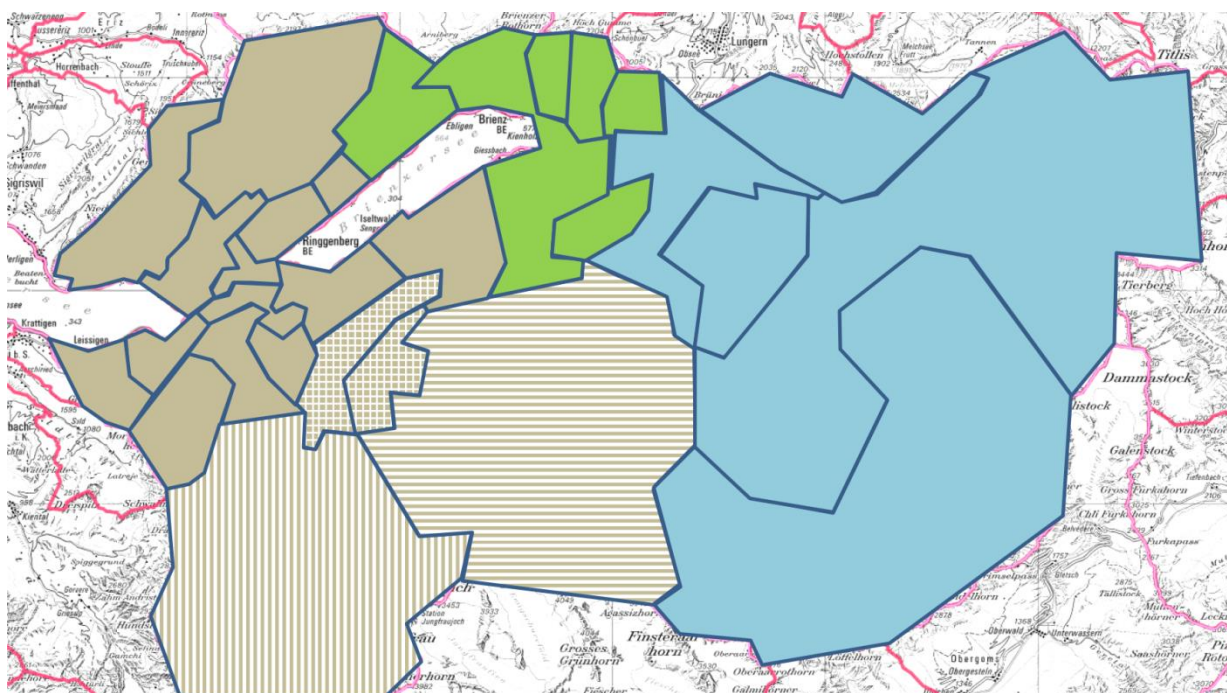
Den Leitsätzen 1 bis 5 kann die GL grundsätzlich zustimmen. Wesentlich sind dann die aus den Leitsätzen abgeleiteten Massnahmen zur konkreten Umsetzung. Zu einzelnen Leitsätzen haben wir ergänzende Bemerkungen:

- Zu Leitsatz 3: Als Zentrumsgemeinden sind die gemäss Kantonalem Richtplan auf Basis der Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte hergeleiteten Zentren zu berücksichtigen (im Oberland-Ost Zentren der dritten und vierten Stufe sowie Tourismuszentren). Dabei ist es auch denkbar, dass neue "Grossgemeinden" über mehrere solcher Zentren organisiert werden können.
- Zu Leitsatz 4: Der Kanton soll durchaus proaktiver auf den Abklärungs- und Umsetzungsprozess in den gemäss Fusionsrichtplan definierten Raumeinheiten einwirken, wenn Interesse seitens Gemeinden aus einer solchen Raumeinheit bestehen. Die Rolle des Amtes für Gemeinden und Raumordnung ist dabei aber noch zu präzisieren (finanzielle und personelle Ressourcen).
- Zu Leitsatz 5: Als "sanfte" Durchsetzungsmassnahmen sind hier auch die bisherigen Gemeindefinanzierungen über FILAG (kein horizontaler Finanzausgleich mehr) zu erwähnen (s. Ausführungen oben).

Karte Gemeindelandschaft

Der Karte mit den "homogenen Raumeinheiten" kommt im Fusionsrichtplan eine grosse Bedeutung zu. Aus strategischen Überlegungen schlägt die Geschäftsleitung der RKOÖ als sinnvolle Einheiten für Fusionsabklärungen fünf Räume vor. Die Raumeinheiten "Meiringen" und "Brienz" sollen bei Bedarf der Gemeinden aber auch als eine Gesamtheit für Fusionsabklärungen in Betracht gezogen werden (im Sinne Minimal- und Maximalperimeter). Für die Gemeinden Grindelwald und Lauterbrunnen macht eine Fusion nur Sinn, wenn auch die beiden Gemeinden Gündlichswand und Lütschental miteinbezogen werden. Bei Fusionsabklärungen "Interlaken" sind somit auch die Gemeinden Grindelwald, Gündlichswand, Lauterbrunnen und Lütschental beizuziehen für die Festlegung der Abklärungsperimeter.

Die Zukunft der Gemeindelandschaft auf der Fusionsrichtplankarte kann sich die Geschäftsleitung für die Region Oberland-Ost somit wie folgt vorstellen:



Wir sehen im Perimeter der Regionalkonferenz Oberland-Ost grundsätzlich keine Begrenzungslinien Raum und Wirtschaft als sinnvoll oder notwendig an.

Im Gegensatz zu der Karte aus den Vernehmlassungsunterlagen ist aus unserer Sicht die Begrenzungslinie Raum und Wirtschaft zwischen den Gemeinden Wilderswil und Matten nicht nachvollziehbar. Die beiden Gemeinden arbeiten in verschiedenen Zweckverbänden zusammen und auch die Siedlungen sind an zwei Stellen zusammengewachsen.

Die Begrenzungslinie Raum und Wirtschaft zwischen Brienz und Meiringen ist aus unserer Sicht ebenfalls aufzuheben. Hingegen ist hervorzuheben, dass sowohl die fünf Gemeinden des Oberhasli wie auch die fünf Gemeinden der Kirchgemeinde Brienz heute bereits sehr nahe zueinander stehen.

Die Gemeinden Lütschental und Gündlichswand sind tendenziell nach Interlaken orientiert, allenfalls denkbar wäre aber auch ein Zusammenschluss mit Grindelwald und Lauterbrunnen.

Die Geschäftsleitung der RKOÖ unterstützt die Fusionsstrategie mit dem Fusionsrichtplan unter der Berücksichtigung der regionalen Aspekte wie oben aufgeführt. Sie sieht dem weiteren Prozess bezüglich Gemeindefusionsstrategie mit Interesse entgegen.

Freundlich grüssen



Peter Flück, Präsident
Regionalkonferenz Oberland-Ost



Stefan Schweizer, Geschäftsführer
Regionalkonferenz Oberland-Ost

Kopie an:
(per E-Mail)

- Geschäftsleitung
- Regionsgemeinden
- Grossratsmitglieder Region Oberland-Ost
- Volkswirtschaft Berner Oberland
- Netzwerk Berner Regionen
- Verband Bernischer Gemeinden VBG